

8. Juni 2016

Postulat

von Patrick Hadi Huber (SP)
und Marco Denoth (SP)

Der Stadtrat wird aufgefordert bei Bauprojekten von Baugenossenschaften, bei denen eine Mehrausnützung über die rechtsgültige BZO mittels öffentlichen bzw. privaten Gestaltungsplänen oder Aufzonierungen zur Diskussion steht, vor der Planaufgabe das Gespräch mit der Genossenschaft mit dem Ziel zu suchen, subventionierten Wohnungsbau in das jeweilige Projekt zu integrieren. Im Rahmen der entsprechenden Weisung an den Gemeinderat ist sodann Bericht zu erstatten, mit wem diesbezüglich Verhandlungen geführt wurden.

Begründung:

Generell soll im Rahmen von Planungen zu genossenschaftlichen Wohnbauprojekten, in denen eine Mehrausnützung angedacht ist, immer subventionierter Wohnraum gegen eine Mehrausnützung eingefordert werden. Die Gespräche hierzu sind entsprechend zusammengefasst in die jeweilige Weisung zu integrieren, wobei auch aufzuführen ist, mit wem, zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Resultat diese geführt wurden.

Antrag auf gemeinsame Behandlung mit Weisung 2015/298 Gestaltungsplan Ueberlandpark.

